



Sport Cancellara von Boonen bezwungen
Der Schweizer verpasst den Sieg in Roubaix nur knapp. > 20



Foyer Ein Jahrhundert wird besichtigt
Kaspar Schnetzlers Zürich-Roman umfasst das 20. Jahrhundert. > 27

Digital Kraftmeierei bei den neuen Digitalkameras
Spiegelreflexkameras warten mit einem Leistungsschub auf. > 29

AARGAUER ZEITUNG

MITTELLAND ZEITUNG



A-Z Miss America gegen Brustkrebs
Die neue schönste Amerikanerin hat viel vor. > 26

Aargau

Fragen der Interpretation

Die Aargauer Staatsrechnung schliesst mit einem Plus von fast 50 Millionen Franken. Für die CVP beweist das die gute Arbeit ihres Finanzdirektors. Für die SVP ist es Grund zur Sorge: Es zeige, dass der Staat zu viel Steuern einziehe. Von Budgetdisziplin könne keine Rede sein. (MZ) **Seite 11**

Das richtige Klima für alle

Der beschleunigte Klimawandel bringt «massive Veränderungen», stellen die Forscher am Paul-Scherrer-Institut fest. Am PSI-Klimasonntag haben sie gezeigt, was wir damit zu tun haben und was damit auf uns zukommt. (PH) **Seite 11**

Räuber überfielen Ofringer Bordell

Die Polizei hat in der Nacht auf Sonntag drei Männer festgenommen, die das Rotlicht-Etablissement «Moulin Romantique» in Ofringen überfallen haben. Die maskierten Räuber bedrohten die Prostituierten und einen Freier mit Waffen und nahmen ihnen 3000 Franken Bargeld ab. Doch der Bordellbetreiberin gelang es, einen Hilferuf per SMS abzusetzen, weswegen die drei Männer nun in U-Haft sitzen. (ALF) **Seite 13**

HEUTE FINDEN SIE:

- Wetter 10
- Immobilienmarkt 24
- Todesanzeigen 14/15
- TV / Radio 31
- Kino 12
- Forum & Leserbrief 32
- Computer 29

DIE GUTE NACHRICHT

Guter Schlusspurt in den Skigebieten

Bei besten Verhältnissen neigt sich die Wintersaison in Schweizer Skigebieten dem Ende zu. Tausende reisten am Sonntag in die Berge, um die vorläufig letzten Kurven auf den Pisten zu ziehen. In einigen Regionen laufen die Anlagen gar eine weitere Woche. In den hohen Lagen liegt noch immer viel Schnee. (AP)

GESAGT

«Es war eine unglaubliche Stimmung.»

ROGER FEDERER, der Tennis-Champion über seinen Besuch bei Tom Lütli



OHNE KOMPROMISS Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf. VALERIANO DI DOMENICO/EG

Der Streit geht weiter

Umfrage SVP findet wenig Unterstützung

Nach wie vor beherrscht der Konflikt zwischen Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf und der SVP die politische Diskussion. Eine Einigung ist nicht in Sicht. Ihr Vorgänger Christoph Blocher etwa ist überzeugt, dass sie mit der SP paktierte. Im Volk kommt das aber nicht an: Gemäss einer Umfrage des «Sonntag-Blicks» sehen zwei Drittel der Schweizer im Vorgehen der SVP eine Gefährdung der Demokratie. (MZ) **Seite 6**

«Ein Beitrag zur Orientierung»

EVP-Präsident Heiner Studer im Interview

Parteien wie die Evangelische Volkspartei leisten einen wichtigen Beitrag zur Orientierung, ist der neue Präsident Heiner Studer überzeugt.

Gäbe es keine Parteien, die wie die EVP christliche Grundwerte betonen, «würden sich andere weniger darum kümmern». Davon ist Heiner Studer überzeugt. Bei der Wahl einer Partei gehe es heute aber weniger um konfessionelle Fragen als um Fragen des Lebensschutzes wie etwa beim Partnerschaftsgesetz, der embryonalen Stammzellenforschung oder der Fristenregelung.

In der aktuellen Diskussion um den Islam betont Studer, der Staat solle anderen Religionen «alle die Rechte zugestehen, die wir Christen in einem islamischen Staat auch erwarten». Ziel müsse Gleichbehandlung sein. Das sei aber nicht zu verwechseln mit dem Dulden von «Parallelgesellschaften». Studer: «Die Gesetzgebung muss für al-



HEINER STUDER Sehr restriktiv beim Thema Sterbehilfe. ANDRE ALBRECHT

le gelten.» Studer will kein Minarettverbot in der Bundesverfassung, will aber die Gesetzgebung anpassen. Minarette brauche es nicht für die Glaubensausübung. Er erwarte auch nicht, dass beim Kirchenbau in einem islamischen Land Kirchturm und Glocken zugestanden würden. (MZ) **Seiten 2,3**

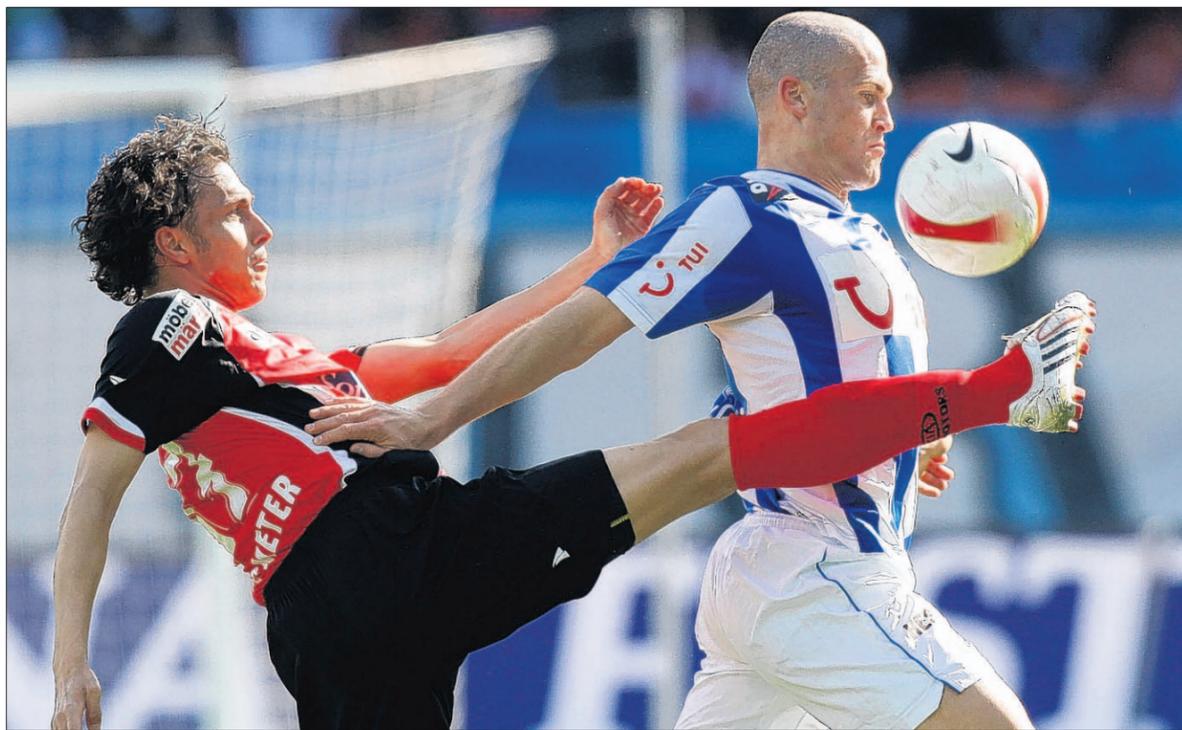
Kommentar

Besinnen auf Grundwerte



MATHIAS KÜNG

Alle kennen den Trend: Leere Kirchenbänke, mitgliedermässig schrumpfende Landeskirchen. Zulauf haben allenfalls Freikirchen. Einen scheinbaren Gegentrend sieht man, wenn der Papst zu Besuch kommt. Er wird gefeiert wie ein Popstar. Aber kann man daraus eine Rückkehr von Religiosität ableiten? In der Schweiz in jüngster Zeit vielleicht sogar aus Erfolgen von Kleinparteien wie EVP oder EDU, die christliche Werte besonders betonen? Vorsicht ist angebracht, zumal die CVP stagniert und diese sich erst noch mit ihrem «C» immer schwerer tut. Wenn überhaupt, profitiert die SVP, die in Wertedebatten oft kirchennaher agiert als die CVP. Doch gibt es den Trend überhaupt? Angesagt ist sonntägliches Shopping statt Kirchengang, kirchliche Feiertage werden kommerzialisiert. Umfragen – etwa über Ostern – fördern viel Unwissen zutage. Viele Jugendliche bekommen in einer Zeit der Selbstverwirklichung und Beliebigkeit keine Grundwerte und Leitplanken mehr vermittelt – nicht von den Eltern und auch immer weniger von der Schule. Das sind nicht Zeichen einer Rückkehr von Religiosität, sondern von Gleichgültigkeit. In unserem modernen säkularen Staat trennen wir Kirche und Staat. Religion ist Privatsache. Richtig. Die Schweiz braucht auch keinen Religionsartikel. Doch wie soll man sich konstruktiv mit drängenden Anliegen anderer Religionsgemeinschaften auseinandersetzen, wenn einem die eigene weltanschauliche Basis abhanden gekommen ist? Was nützt, ist eine Rückbesinnung auf die Grundwerte, auf der unsere freie Gesellschaft aufbaut, die allen Halt und Orientierung geben können. mathias.kueng@azag.ch



Trostlose Nullnummer, aber immerhin ein Punkt

180 Minuten reichten Titelverteidiger Zürich in dieser Saison nicht, um auf dem Letzigrund gegen den FC Aarau ein Tor zu erzielen. Im Dezember fuhren die

Aargauer nach dem 0:1 mit drei Punkten nach Hause, diesmal holten sie beim 0:0 einen Punkt – in einem trostlosen Spiel. Der FC Aarau war in der ers-

ten Halbzeit immerhin zu zwei Chancen gekommen. Doch weder Christian lanu (20.) noch Rogerio (35.) waren erfolgreich. (MZ) Seite 17

Schleppender Wahl-Auftakt

Italien Tiefe Stimmbeteiligung erwartet

In Italien begannen gestern Parlamentswahlen. Das Ergebnis entscheidet, wer Regierungschef wird: der konservative Silvio Berlusconi oder der Mitte-Links-Kandidat Walter Veltroni. Bis gestern Abend gaben 49,2 Prozent der Wahlberechtigten ihre

Stimme ab – weniger als bei der letzten Wahl im Jahr 2006. Experten erwarten diesmal eine tiefere Wahlbeteiligung, weil es eine weit verbreitete Politikverdrossenheit im Land gebe. Die Wahllokale sind noch bis heute um 15 Uhr offen. (DPA) **Seite 7**

Doppelt gefordert

IWF Vor Finanz- und Nahrungskrise

In Washington trafen sich die Vertreter von Weltbank und Währungsfonds zur traditionellen Frühjahrssitzung. Mit Blick auf die explodierenden Nahrungsmittelpreise schlugen beide Organisationen gemeinsam Alarm. Mehr Transparenz, ein stärkeres Kapitalpolster und eine Verstärkung der Aufsicht soll das Risiko neuer Finanzmarktkrisen eindämmen. (MZ) **Seite 9**



Heilen mit der Kraft der Natur

Praxisbücher aus dem AT Verlag

A T VERLAG
www.at-verlag.ch



JUGENDLICHE BEIM PAPST Gemeinschaftserlebnis am Weltjugendtag. PAOLO COCCO/REUTERS

«Wenn wir die Grundwerte nicht betonen...»

Heiner Studer ... dann würden sich andere noch weniger darum kümmern, sagt der neu gewählte EVP-Präsident

Parteien wie die Evangelische Volkspartei leisten einen wichtigen Beitrag zur Orientierung, sagt Heiner Studer, Präsident der EVP Schweiz, weil sie christliche Grundwerte konkret darstellen.

MATHIAS KÜNG, CHRISTOPH BOPP
Herzliche Gratulation zum Parteipräsidium, Herr Studer. Welche Ziele wollen Sie in dieser Funktion erreichen?

Heiner Studer: Ich strebe ein doppeltes Ziel an. Einerseits geht es darum, die Partei, die in den letzten Jahren zu einer echten schweizerischen Partei geworden ist, nachdem wir via Sektionsgründungen heute in fast allen Westschweizer Kantonen vertreten sind, innerlich zu stärken. Andererseits will ich die Partei zusammen mit unseren leitenden Organen so stärken, dass wir 2011 im eidgenössischen Parlament Fraktionsstärke erreichen.

Ihr Ziel war auch 2007 schon die Fraktionsstärke. Es reichte nicht. So gibt es jetzt eine CVP/EVP/GLP-Fraktion. Wie läuft das?

Studer: Ja, mandatsmässig hat es nicht gereicht. Doch wählermässig hätten wir – wenn es überall schon dasselbe Wahlsystem wie in Zürich gäbe ...

Sie meinen den «Doppelten Pukelsheim»?

Studer: ... genau, dann hätten wir am 21. Oktober 2007 die angestrebten fünf Sitze geholt. Auch so haben wir sie nur sehr knapp verpasst. Eins war für uns aber schon immer klar: Wenn mit einer grösseren Partei zusammen eine Fraktion, dann kommt nur die CVP infrage. Mit der CVP haben wir die meisten Gemeinsamkeiten. Mit dieser Fraktion sind wir zufrieden. Auch, weil unser Wunsch nach je zwei Kommissionssitzen für unsere Nationalräte erfüllt worden ist. Und weil EVP und GLP alternierend im Fraktionsvorstand Einsitz haben. Zudem hatten wir schon immer einen guten Kontakt zu Doris Leuthard, die wir sehr schätzen.

Profiziert die EVP davon, dass die CVP sich mental zunehmend vom C löst?

Studer: Das erlebe ich bei den persönlichen Stimmen. Ich hatte 2007 mehr persönliche Stimmen als je zuvor. Und doch hat es nicht gereicht ... Ich bekam die Stimmen von Menschen, denen die christlichen Werte und Umweltanliegen besonders wichtig sind. Darunter waren viele Katholiken. Dass diese und um die Umwelt Besorgte dann aber auch die Partei wechseln, dafür braucht es schon sehr viel.

Glauben Sie denn, dass das katholische Element in der CVP noch eine Rolle spielt?

Studer: Das Konfessionelle steht nicht mehr so im Vordergrund. Es geht heute mehr um Fragen des Lebensschutzes wie etwa bei der Fristenregelung, dem Partnerschaftsgesetz oder der embryonalen Stammzellenforschung. Ich stelle fest, dass die von EVP in diesen Fragen vertretenen Positionen mit denjenigen der Schweizerischen Bischofskonferenz übereinstimmen.

Wir hatten noch nie so viele junge Aktive wie heute. Viele Junge lassen sich motivieren, wenn sich der Glaube in der Gesellschaft umsetzen lässt



men. Die Übereinstimmung in moralisch-ethischen Grundfragen ist überhaupt sehr gross.

Unsere Gesellschaft basiert auf den christlichen Grundwerten. Braucht es da überhaupt eine C- oder eine E-Partei?

Studer: Wenn es nicht Parteien gäbe, welche die christlichen Grundwerte betonen, würden sich andere weniger darum kümmern. Davon bin ich fest überzeugt. In einer Zeit, in der bei vielen eine gewisse Orientierungslosigkeit herrscht, können Parteien wie die unsrige mit der Betonung konkretisierbarer Grundwerte einen wichtigen Beitrag zur Orientierung leisten.

Die letzten Jahrzehnte waren geprägt vom Rückzug der Menschen aus den Kirchen. Spüren Sie jetzt eine Gegenbewegung?

Studer: Es gibt beides. Die leeren Kirchenbänke. Aber auch viele junge Leute, die sich in Jugendkirchen von Landes- und Freikirchen – die auf gutem biblischem Grund stehen – engagieren. Ich sehe mit Freude, dass wir in der EVP noch nie so viele junge Aktive hatten wie heute. Viele Junge lassen sich motivieren, wenn sich der Glaube in der Gesellschaft umsetzen lässt.

Könnte man die wieder zunehmende Beliebtheit christlichen Gedankenguts auch auf die Herausforderung durch den Islam zurückführen?

Studer: Das ist eine klare Herausforderung. Für den grossen Teil der Westeuropäer ist der Islam keine Alternative, es werden nicht gleich alle konvertieren. Aber schon rein durch die Migration wird er zahlenmässig stärker.

Es sind ja nicht nur die Zahlen. Es ist ja auch eine Art «Wettkampf im Eifer» im Gang. Man sagt, der Islam trete militanter und entschiedener auf, das Christentum sei lahm geworden.

Studer: Es gibt in jeder Religion zu 150 Prozent Überzeugte und andere, die sich eher an eine fremde Kultur anpassen. Mein Grundsatz in der Islam-Debatte lautet: Unser Staat soll den anderen Religionen alle diese Rechte zugestehen, die wir Christen in einem islamischen Staat auch erwarten. Nicht mehr und nicht weniger. Das Ziel muss Gleichbehandlung sein. Die Freiheit, seinen Glauben frei wählen zu dürfen, reicht nicht. Man muss ihn auch weitergeben können. Versammlungen müssen möglich sein. Diskriminierung wegen des Glaubens darf es nicht geben.

In der Schweiz versucht man, zu integrieren.

Studer: Man kann auch einfach ne-

beneinander friedlich leben. Dafür muss man sich kennen, sich achten – die gegenseitige Überzeugung, jeweils auf dem richtigen Weg zu sein, muss ja nicht verhindern, dass man sich korrekt begegnet.

«Nebeneinander leben» – damit meinen Sie aber nicht Parallelgesellschaften?

Studer: Nein, die Gesetzgebung muss für alle gelten. Da gibts keine Abstriche.

In der Schule ergeben sich zunehmend Reibungspunkte, etwa wenn es um das Begehen christlicher Feiertage geht.

Studer: Der Normalfall sollte sein, dass alle Kinder in die ordentlichen Schulen gehen. Es darf auch nicht sein, dass christliche Feiertage in der Schule nicht begangen werden, nur weil sich Eltern wehren. Aber man darf nicht Dinge verlangen, die wir in einem anderen Religionsystem auch nicht mitmachen würden. Aber eine andere Religion kennen zu lernen und zu wissen, was deren Feste bedeuten, das soll allen Kindern ermöglicht werden.

Soll der Staat Imame ausbilden?

Studer: Bei uns werden die christlichen Theologen zwar staatlich ausgebildet, aber zu Pfarrern ordiniert werden sie von den Kirchen. Eine staatliche Anerkennung von Predigern nur für die islamische Religion? Da würde ich nicht zustimmen.

Wie sollen unsere Schulen reagieren, wenn die Eltern muslimischer Kinder die Teilnahme an einer Schulreise verbieten?

Studer: Minderheiten sollten nicht fordern dürfen, was man in der Schule macht und was nicht. Es wäre nicht richtig, in der Schule nur noch vom Osterhasen zu reden und nicht vom eigentlichen Sinn von Ostern. Wenn Angehörige anderer Religionen gewisse Lektionen als Beeinflussung empfinden, dann sollten Dispensationen möglich sein. Das müsste aber doch einen gewissen Hintergrund haben, nicht nur andere Traditionen. Das Badeverbot oder die Schulreise fallen mit Sicherheit nicht darunter.

Wie stehen Sie zur Minarett-Initiative?

Studer: Ich bin gegen Minarette, aber auch gegen diese Initiative. In der Bundesverfassung Minarette zu verbieten, wäre für mich ein präventives Verbot ohne Grundlage. Den Umgang mit Religionsgemeinschaften zu regeln, delegiert unsere Bundesverfassung an die Kantone. Wenn der Bund jetzt punktuell etwas verbietet, passt das nicht hinein. Die EVP hat sich

Wie hält's die Jugend denn mit der Religion?

Religiosität Traditionelle Formen und Kirchen verlieren, jetzt will wirklich jeder «nach eigener Fassung selig werden»

Die Landeskirchen verlieren nach wie vor Mitglieder, wenn auch nicht mehr so viele wie auch schon. Gleichzeitig hält sich hartnäckig das Gerücht über eine «Rückkehr des Religiösen». Nur hat das eine mit dem anderen wirklich etwas zu tun?

CHRISTOPH BOPP

Wenn der Gegenbegriff zum Religiösen die totale Gleichgültigkeit ist, dann wäre an der Aussage über «die Rückkehr» sicher einiges dran. Die verschiedenen Krisen und Schocks der letzten Jahre haben die Menschen verunsichert. Sie fragen wieder mehr nach Sinn und anderem, die Zeiten des Lustig-in-den-Tag-Hineinlebens sind wohl für eine Weile vorbei. Man kann den Begriff des Religiösen auch etwas eingrenzen aufs Christliche und wird dann mindestens konstatieren müssen, dass es eine Verlagerung gibt. Junge Menschen haben einen gewissen Überdruß gegenüber den traditionellen Kirchen. Die Gottesdienste der International Christian Fellowship (ICF) hingegen sind sehr gut besucht. Die Frage wäre, wieweit sich die Wirkung dieser Mega-Partys in den Alltag erstreckt.

Einfach mehr Wahlfreiheit?

Wir leben in einer multikulturellen und darum auch multireligiösen Gesellschaft. Das Angebot hat sich vergrössert und die Jugend, die in den letzten Jahrzehnten ziemlich durchgehend an einem «Kirchen-Trauma» litt, weil die Formen kirchlicher Sozialisation immer hohler wurden, hat jetzt einfach mehr Wahlfreiheit. «Religiös» wäre die Jugend dann wie eh und je, aber sie betrachtet die traditionellen Institutionen nicht mehr als die einzige und geeignete Anbieterin.

In den Institutionen hat sich das, was «religiöses Bewusstsein» genannt werden könnte, allerdings noch nie erschöpft. Leben und Tod, das Gute und das Böse, Transzendenz und Immanenz, das Verhältnis zwischen Verfügbarem und Unverfügbarem – solches hat den Menschen seit je beschäftigt und die Fälle, in denen man sich nicht mit den offiziell zur Verfügung gestellten Lösungen und Dogmen zufriedengab, sind mindestens so häufig wie umgekehrt. Auch in einer streng hierarchisch organisierten Institution wie der

katholischen Kirche orientieren sich heute längst nicht mehr alle Mitglieder an der Lehrmeinung des Papstes, sondern vertreten persönliche Gedanken und Überzeugungen.

Vielfalt an Orientierungsmöglichkeiten

Wie auch immer: Wer sich von der Religion – frei nach Böckenförde – immer noch erhofft, sie möge für den demokratischen Staat «die Voraussetzungen schaffen, die er selbst nicht garantieren kann», muss vorsichtig sein. Ihre religiöse Orientierung suchen sich die Jugendlichen individuell. Auch wenn Daria Pezzoli-Olgiati, eine der Herausgeberinnen, betont, man habe keineswegs Repräsentativität angestrebt, zeigt das Buch «Auf meine Art. Jugend und Religion», wie verschiedenen Jugendliche aus der Agglomeration Zürich und weiteren Kantonen wie Graubünden oder Glarus Orientierungsangebote auswählen. Die Porträts umspannen eine grosse Bandbreite: Es gibt – immer noch – das Engagement in einer Landeskirche, es gibt 18-jährige Ministrantinnen, es gibt die Hinwendung zu Jesus ohne kirchlichen Rahmen; es gibt aber auch Yaga, die eine Naturreligion mit keltischem Anstrich praktiziert, oder Hardline, Gothic, Black Metal – Formen, die sich zum Teil als Antithese zum Christentum verstehen.

Von «Gott» ist meist schon die Rede, aber begrifflich Gemeinsames zu finden, ist recht schwierig. «In allen Religionen finden sich seit je Paradoxien und Widersprüche», sagt die Religionswissenschaftlerin Daria Pezzoli-Olgiati. «Orientierung» ja, nur jeder für sich – aber auch das trifft nicht zu. Die gemeinschaftsbildende Kraft des Religiösen, sie ist keineswegs verschwunden. Aber sie wirkt nur dort, wo sie kann. Eine «kollektive Praxis» begründet sie nach wie vor, schreiben die Herausgeber im Vorwort, «aber ihr Bezugspunkt ist nicht die Gesamtgesellschaft, sondern die jeweilige Peergroup».



Auf meine Art. Jugend und Religion Hrsg. von Reiner Anselm, Daria Pezzoli-Olgiati, Annette Schellenberg und Thomas Schlag. Mit Bildern von Ursula Markus. TVZ Theologischer Verlag, Zürich 2008. 326 S., Fr. 32.–.



engagiert, dass man einen positiv formulierten Religionsartikel in die Bundesverfassung aufnehmen würde. Für die Minarette wären die Kantone oder die Gemeinden zuständig. Als Gebäude wären sie nach der geltenden Gesetzgebung zu behandeln. Diese müsste angepasst werden...

...um die Minarette zu verhindern?
Studer: Minarette sind nicht notwendig, um den Glauben zu praktizieren.

Und die Kirchtürme?

Studer: Viele Leute gehen davon aus, eine Kirche ohne Turm und Glocken, das gehe nicht. Aber viele kirchliche Gebäude haben das nicht und die Verkündigung kann trotzdem stattfinden.

Also gehört das Minarett nicht zur Glaubensfreiheit?

Studer: Nein, ich erwarte auch nicht, dass man mir in einem islamischen Land einen Turm mit Glocken zugestehen würde.

Die Muslime versprechen, dass die Minarette nicht benützt würden, um zum Gebet zu rufen.

Studer: Was soll dann das Minarett? Der nächste Schritt käme bestimmt: Wenn schon so etwas steht, soll es auch seinem eigentlichen Zweck dienen dürfen. In einen Kirchturm in einem islamischen Land kämen ja auch bald Glocken...

Kommen wir zurück zu den christlichen Grundwerten. Sie sehen eine positive Gegenbewegung auch deswegen, weil vielerorts eine Entchristlichung stattgefunden hat. Wo beispielsweise?

Studer: In den Bereichen, in denen ich in der Kommission Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK) besonders tätig war. Ich denke an ethische Grundfragen wie die bereits erwähnte embryonale Stammzellenforschung. Die Frage, ob der Mensch da eingreifen darf und wo die Grenzen sind, ist für mich absolut zentral.

1973 bis 1998, Nationalrat 1999 bis 2007. In dieser Zeit war er Mitglied der Aussenpolitischen Kommission (APK), der Finanzkommission (FK) und der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK). Seit 1994 Vizeamann von Wettingen. Studer ist verheiratet mit der gebürtigen Norwegerin Marit Anestad. Drei erwachsene Töchter, Heidi, Lillian und Birgit, sowie Schwiegersohn Joel Ogolla und Enkelin Grace. Zahlreiche Funktionen in der Evangelischen Volkspartei, in der evangelisch-reformierten und in der evangelisch-methodistischen Kirche sowie beim Blauen Kreuz.

Eine solche Grundfrage ist die der Sterbehilfe. Sie wollen Dignitas das Handwerk legen. Warum und wie?

Studer: Viele Dinge in diesem Bereich sind rechtlich auf Kantonsebene geregelt. Was wir seit längerem wollen, ist eine klare, wirkungsvolle Bundesregelung.

Die der damalige Bundesrat Blocher für unnötig hielt.

Studer: Genau. Ich hoffe, dass Frau Bundesrätin Widmer-Schlumpf das anders sieht. Es geht ja nicht um eine Verurteilung von Menschen, die Suizid begehen oder es versuchen. Doch die Grenze zwischen aktiver und passiver Sterbehilfe ist fließend. Ich sehe eben das Risiko bei der aktiven Sterbehilfe, dass Menschen, bei denen der Lebenswille nicht mehr so stark ist, zu einer Entscheidung gedrängt werden, die sie unter anderen Umständen nicht gewollt hätten. Dann haben wir immer mehr ältere Menschen in Pflegeheimen, meist für eine längere Zeit. Da schwinden die angesparten Vermögen weg. Daraus kann sich Druck aus dem Umfeld der Erben ergeben. Sie sehen die ganze Problematik. Ich bin überzeugt, dass wir bei allem, was mit aktiver Sterbehilfe zu tun hat, sehr restriktiv sein müssen. Ich finde nicht, dass «Leben um jeden Preis» sein muss. Aber die Leitlinie, die wir uns in der EVP gegeben haben, heisst «Schutz des Lebens von der Zeugung bis zum Tod». Die Anfangs- und die Schlussphasen im Leben eines Menschen sind die heikelsten: Da befinden häufig andere Menschen darüber.

Sie haben es bereits gesagt. Die Politik entscheidet oft, was die Wissenschaft darf und was nicht. Wo ist für Sie die Grenze?

Studer: Ich habe es deutlich gesehen, als ich mit Felix Gutzwiller um die embryonale Stammzellenforschung gestritten habe. Er geht – als Liberaler – davon aus, dass der Mensch Gaben bekommen hat, die er grundsätzlich alle nutzen darf.

Mein Standpunkt ist: Der Mensch ist Gottes Geschöpf und er ist in erster Linie zu bewahren. Wenn wir beide auf unseren Positionen beharren, würde es ja nicht gehen. Denn der Mensch läuft Gefahr, seine Freiheit zu missbrauchen, und wenn man nur schützt, dann entwickelt sich nichts weiter. Der Liberale räumt ein, dass es gewisse Beschränkungen braucht, damit es dem Menschen nützt, und er willigt ein, dass man so viel macht, wie nötig ist. Ich auf der Gegenseite prüfe auch, ob etwas dem Menschen nützt. Deshalb bin ich auch



jetzt bei der Gentechnik nicht um etwas, das man mit Vehemenz durchführen will, sondern man will sich nichts verbauen. Ein entscheidender Unterschied.

Bundesrätin Widmer-Schlumpf spaltet nicht nur die SVP, sondern auch die Schweiz. Ihre Partei hat mitgeholfen, sie anstelle von Christoph Blocher zu wählen. Somit stehen Sie jetzt in der Pflicht. Helfen Sie ihr?

Studer: Dass die SVP nach der Nicht-Wiederwahl von Christoph Blocher mehr als nur frustriert

Ich bin überzeugt: Bei allem, was mit «aktiver Sterbehilfe» zu tun hat, müssen wir sehr restriktiv vorgehen

für die Stammzellenforschung, aber nur mit adulten Stammzellen.

Findet man sich immer in einem Kompromiss?

Studer: Bei vielen Themen schon. Zum Beispiel beim Zivildienst. Da gibt es viele praktikable Lösungen. Man kann also eine finden, mit der alle leben können. Manchmal findet man sich nicht. Dann gibts in der Demokratie eine Abstimmung. Die Unterlegenen hoffen, dass die Sieger verantwortungsvoll mit dem Ergebnis umgehen. Aber ohne solche, die warnen, würden gewisse Entscheidungen gar nicht überprüft.

Die Siegerseite wird verpflichtet?

Studer: Ja. Ich bin überzeugt, dass sich in einem konkreten Fall die Ausgangslage genau darum geändert hat, weil wir ein Referendum mit Abstimmung hatten. Es geht

war, das kann ich verstehen und voll nachempfinden. Das würde allen anders auch so gehen. Wenn der Bundesrat, der das Programm des Wahlsiegers derart repräsentiert, nicht gewählt wird, dann kann man das nicht einfach hinnehmen. Ich hätte erwartet, dass man mit Gegenpositionen reagiert. Aber die SVP musste einsehen, dass die angekündigte alternative Sachpolitik in unserem Land nicht machbar ist. In vielen Abstimmungen ist die SVP federführend und nicht Opposition. Da bot sich ein Ausweg an: die Personalisierung. Das haben ja die engagiertesten Gegner von Bundesrat Blocher genauso gemacht. Nur hatten sie keinen Erfolg, als sie seine Wegwahl zum Wahlkampfthema machten.

Wie sehen Sie denn die Zukunft von Frau Widmer-Schlumpf?

Studer: Es gibt eine Solidarisierungswelle für sie, weil sie so knallhart angegriffen wurde. Für ihre Arbeit im Parlament habe ich keine Bedenken. Sie ist eine differenziert denkende Frau. Bei den Themen, die sie bringt, wird sie gewiss nicht überall Mehrheiten, aber sicher bei den meisten Gehör finden.

Und die Bündner SVP?

Studer: Das entbehrt nicht einer gewissen historischen Ironie. Die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB), die Vorgängerpartei der SVP, kränkelte einst stimmenmässig und konnte die Glarner und Bündner Demokraten dazu bewegen, mit ihr zusammen eine Mittelstandspartei, eine Mittepartei zu gründen. Das brachte ihr immerhin zwei Ständeräte ein. Jetzt, wo die Nachfolgerpartei mit einer total anderen Linie Erfolg hat, wirft sie ihre Gründungspartner raus. Die sind plötzlich lästig, man braucht sie nicht mehr. Dass die Bündner immer eine etwas andere Position hatten, geht dabei unter.

Und die Berner?

Studer: Ich glaube nicht, dass es die Berner SVP so drastisch trifft. Das Gewicht der Berner in der SVP darf man nicht unterschätzen. Aber ohne die Bündner SVP kann die SVP Schweiz gut leben. Sie wird allerdings profiliertes Personal verlieren. Die werden kaum in den neuen Hardliner-Ableger eintreten. Vielleicht kommen sie ja auf den guten alten Namen «Demokraten» zurück. Damit hatten sie einst Erfolg.

Was empfehlen Sie Frau Widmer-Schlumpf?

Studer: Sie ist vom Parlament demokratisch gewählt worden. Ich erwarte von denen, die sie gewählt haben, dass sie hinter ihr stehen. Für uns von der EVP ist das klar. Aber wir sind natürlich nur eine kleine Kraft. Erstaunt bin ich, dass der Präsident des Wahlorgans, der Nationalratspräsident, jetzt kein mahnendes Wort sagt.